

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juni 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Lebenshaus Schwäbische Alb: Erklärung des "Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel" zum Nakba-Tag**
- **Weltwoche: Kriegsverbrechen in Gaza: UN-Sonderbericht-erstatteerin fordert Strafverfolgung für von der Leyen**
- **Brett Wilkins: Israelische Soldaten sprechen über Kriegsverbrechen in der "Tötungszone" des Gazastreifens**
- **BüSo: Ärzte verurteilen kollektive Untätigkeit gegen israelische Aushungerung des Gazastreifens**
- **Israelische Blockade: Bäckereien im Gazastreifen schließen – EU reagiert auf Hungersnot im Gazastreifen**
- **D. Siegmund-Schultze: Israel beschließt Besetzung Gazas**
- **K. Anzalone: Der israelische Mossad sucht nach Ländern, die eine große Anzahl von Palästinensern aufnehmen**
- **Thomas Fazi: Die Propagandamaschine der EU**
- **Die EU und ihre jüngsten Zensur-Maßnahmen**
- **Ex-ARD-Mitarbeiter Teske: Tagesschau ist regierungsnah und politisch einseitig**
- **Caitlin Johnstone: Sieben Gründe, aus denen Mitarbeiter der Massenmedien wie Propagandisten handeln**
- **Weltwoche: ... Verfassungsrechtler Prof. Murswiek zerlegt AfD-Einstufung des Verfassungsschutzes**
- **Stromausfälle in Spanien und Portugal wegen erneuerbaren Energien?**
- **Bundesnetzagentur: Herausforderung Solarspitzen**
- **Susanne Knütter: Mehr junge Leute ohne Berufsabschluss**
- **Condorcet: Die Selbstüberschätzer sind die Hölle**
- **Ralph Lankau: Zwangsdigitalisierung per Koalitionsvertrag?**

**Ich appelliere an alle, die in der Welt politische Verantwortung tragen,
nicht der Logik der Angst nachzugeben, die verschlossen macht,
sondern die verfügbaren Ressourcen zu nutzen, um den Bedürftigen zu helfen,
den Hunger zu bekämpfen und
Initiativen zu fördern, die die Entwicklung vorantreiben.
Die 'Waffen' des Friedens sind diejenigen,
die Zukunft schaffen, anstatt Tod zu säen!
Der Grundsatz der Menschlichkeit
darf als Angelpunkt unseres täglichen Handelns nie verloren gehen.
Angesichts der Grausamkeit von Konflikten,
bei denen wehrlose Zivilisten, Schulen, Krankenhäuser und humanitäre Helfer
angegriffen werden, dürfen wir nicht vergessen,
dass dabei nicht einfach Ziele getroffen werden,
sondern Menschen mit einer Seele und Würde.**

Editorial

*Das Hauptthema dieses Bürgerbriefs ist der **Vertreibungs- und Vernichtungskrieg, den Israel gegen die Palästinenser** führt. Das 'Lebenshaus Schwäbische Alb' veröffentlicht eine Erklärung zum Nakba-Tag, in der ein Stopp der Waffenlieferungen nach Israel und eine Respektierung des internationalen Rechts gerade auch von Deutschland gefordert wird. Auch auf internationaler Ebene erheben sich klare Stimmen: So fordert die UN-Sonderberichterstatterin Albanese eine **Strafverfolgung von Ursula von der Leyen** wegen ihrer Unterstützung israelischer Kriegsverbrechen. Dass es diese Kriegsverbrechen gibt, bestätigen auch ein Bericht der israelischen Menschenrechtsgruppe '**Breaking the silence**' und ein Bericht von Ärzten, die in Gaza gearbeitet haben. Ein weiterer Beitrag schildert die gezielt von Israels Regierung geschaffene Hungersnot in der **Todeszone Gaza-Streifen** und deren Unterstützung durch die EU. Welche Pläne Israel mit Gaza hat, nämlich die komplette Vertreibung der Palästinenser und die dauerhafte Besetzung durch Israel, schildern David Siegmund-Schultze und Kyle Anzalone.*

*Ein weiterer Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die **Einschränkung der Meinungsfreiheit bzw. die Durchsetzung einer politischen Agenda von oben**. Die EU bedient sich dafür zahlreicher NGO's, die sie mit Steuergeldern unterstützt. Zugleich verklagt Brüssel Mitgliedstaaten, die EU-Zensurmaßnahmen nicht umsetzen. Und die*

.....

.....

EU setzt ihr missliebige Journalisten auf eine Sanktionsliste. In Deutschland wirft der EX-ARD-Mitarbeiter Alexander Teske der ARD-Tagesschau vor, politisch einseitig regierungsnah zu berichten. Caitlin Johnstone beleuchtet die Hintergründe im Medienbetrieb, die zu solchen Einseitigkeiten führen. Hierzu passt auch die Einstufung der AfD als gesichert rechtsextrem durch den Verfassungsschutz, was selbst in der "Mainstream-Presse" teilweise als fragwürdig gewertet wird.

Interessant ist auch ein Blick auf die Energiepolitik: Die **Stromausfälle** in Spanien und Portugal hatten auch mit der dort bereits starken **Abhängigkeit von "erneuerbaren Energien"** zu tun. Die einseitige Konzentration auf Solarenergie birgt **Risiken für die Stabilität des Stromnetzes**, wie einem Artikel der Bundesnetzagentur zu entnehmen ist.

Hinsichtlich der Bildung und Qualifizierung der jüngeren Generation weisen wir auf drei Berichte hin: Sabine Knütter beobachtet **eine steigende Zahl junger Leute ohne Berufsausbildung** und eine Professorin macht auf die **schwindende Leistungsbereitschaft von Studierenden** aufmerksam. Abschließend kommentiert Ralf Lankau den Koalitionsvertrag zum **Thema Zwangsdigitalisierung**, was zugleich mit einer Technik-Fixierung einhergeht, die nicht mehr den selbstverantwortlich handelnden Menschen als Ziel der Bildung im Auge hat.

[Inhalt](#) ↑

● Lebenshaus Schwäbische Alb: Erklärung des "Deutschen Koordinationskreises Palästina Israel" zum Nakba-Tag (15. Mai)

Der "Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel" hat zum Nakba-Tag (15. Mai) eine Erklärung abgegeben. Darin wird festgehalten, dass das Geschehen im Gazastreifen weit über eine Vertreibung hinausgeht. "[In letzter Konsequenz deutet es auf einen Genozid.](#)" Der Koordinationskreis stellt fest, dass die Bundesregierung "solche eklatanten Verletzungen des Völkerrechts und der Menschenrechte nicht hinnehmen" darf. "Vielmehr müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, zur Beendigung der menschenverachtenden Zustände beizutragen." Insbesondere sollte die Bundesregierung fordern, "dass Israel zur Waffenruhevereinbarung vom Januar dieses Jahres zurückkehrt und unverzüglich die totale Blockade humanitärer Lieferungen beendet, die es am 2. März begonnen hat. Zudem sollte sie den Waffenexport nach Israel sofort einstellen, das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel aussetzen und einen Einfuhrstopp für Produkte aus israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten verhängen. Außerdem sollte die Bundesregierung die "unverzügliche Beendigung der illegalen Besatzung, des völkerrechtswidrigen Siedlungsbaus und der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems" fordern sowie das Recht der Palästinenser auf kollektive Selbstbestimmung anerkennen und für dessen Verwirklichung eintreten. Darüber hinaus sollte es für Deutschland selbstverständlich sein, "Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs (IGH) und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag zu respektieren und bei ihrer Umsetzung mitzuwirken". Laut dem

Koordinationskreis ist es nicht hinnehmbar, "in dem Bemühen, historische Schuld wiedergutzumachen, neue Schuld auf sich zu laden - diesmal gegenüber den Palästinensern".

Der 1993 gegründete Verein "[Lebenshaus Schwäbische Alb](#) - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V." mit Sitz in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) will konstruktive, Leben stiftende Antworten auf existentiell wichtige Fragen und auf die vielfältigen Formen zerstörerischer Gewalt geben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Die Weltwoche: **Wegen Beihilfe zu Kriegsverbrechen in Gaza: UN-Sonderberichterstatterin fordert Strafverfolgung von EU-Chefin von der Leyen**

Die UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten palästinensischen Gebiete, Francesca Albanese, hat in einem Interview mit dem Portal 'The Intercept' [strafrechtliche Konsequenzen für führende EU-Politiker gefordert](#). Im Zentrum ihrer Kritik steht EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. Ihr wird vorgeworfen, durch politische und wirtschaftliche Unterstützung Israels während dessen Militäroperationen in Gaza zur Begehung von Kriegsverbrechen beigetragen zu haben. Laut Albanese hat sich die israelische Strategie, die ursprünglich auf die Befreiung von Geiseln abzielte, zu einem von den USA unterstützten Plan zur "ethnischen Säuberung" entwickelt. Auch andere Stimmen wie der Völkerrechtler William Schabas und der Nahost-Analyst Mouin Rabbani sehen in der EU-Spitze eine Mitverantwortung. Die Europäische Kommission weist die Vorwürfe zurück und verweist auf das bestehende Assoziierungsabkommen mit Israel, das Raum für Dialog über menschenrechtliche Bedenken biete.

Die [Weltwoche](#), 1933 bewusst erfunden als [unkonventionelle Zeitung](#), ist bekannt für ihre wirtschaftsliberale und staatskritische Grundhaltung, hat jedoch für ihre Autoren keine vorgegebene politische Linie, keinen redaktionellen Konsens. Als Debatten-Plattform setzt sie auf Meinungsvielfalt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Brett Wilkins: **Israelische Soldaten sprechen über Kriegsverbrechen in der "Tötungszone" des Gazastreifens**

Ein neuer Bericht der israelischen Menschenrechtsgruppe 'Breaking the Silence' (BTS) beschreibt detailliert, wie Israel, das seit Jahrzehnten auf zweifelhafte Weise defensive Pufferzonen in den von ihm eroberten oder kontrollierten Gebieten des Gazastreifens einrichtet, sich für eine Politik der "weit verbreiteten, vorsätzlichen Zerstörung" entschied, um einen Sicherheitsbereich von etwa einer halben bis einer Meile Breite auf der Gaza-Seite der israelisch-palästinensischen Grenze zu schaffen. Dazu sei eine groß angelegte militärtechnische Operation gestartet worden, die 16% des Gazastreifens vollständig umgestaltete und dadurch 35% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Gazastreifens zerstört habe. "Den Palästinensern wurde der Zutritt zu dem Gebiet gänzlich verwehrt, ein Verbot, das mit scharfem Feuer, einschließlich Maschinengewehrfeuer und Panzergranaten, durchgesetzt wurde. Auf diese Weise schuf das Militär eine Todeszone enormen Ausmaßes." Laut BTS haben die Soldaten "[Industriegebiete und landwirtschaftliche Flächen, die der gesamten Bevölkerung von Gaza dienten, \[...\] in Schutt und Asche gelegt](#)", unabhängig davon, ob diese Gebiete in irgendeiner Weise mit den Kämpfen in Verbindung standen. Palästinenser, die es wagten, die Sperrzone zu betreten, auch wenn dies nur zufällig geschah, wurden ebenfalls ins Visier genommen, darunter zivile Männer, Frauen, Kinder und ältere Menschen." Die israelische Blockade des Gazastreifens habe zu einer weit verbreiteten und manchmal tödlichen Hungersnot geführt, und Palästinenser, die die "Tötungszone" betraten,

um die nahrhafte Wildpflanze Hubeiza zu pflücken, seien zur Zielscheibe geworden. BTS legt die Einstellung der IDF dar: "Es gibt keine Unschuldigen in Gaza. Wir werden es ihnen zeigen."

[Brett Wilkins](#), San Francisco, ist ein freiberuflicher Schriftsteller und Aktivist mit den Schwerpunkten Krieg und Frieden, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit; er kritisiert Unternehmenskapitalismus, US-Imperialismus, Rassismus und israelische Verbrechen gegen Palästina. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● BüSo: Ärzte verurteilen kollektive Untätigkeit gegen israelische Aushungerung des Gazastreifens

Drei Ärzte, die in Gaza gearbeitet haben, Mads Gilbert, Dr. James Smith und Dr. Ghassan Abu-Sittah, haben in einem Meinungsartikel in 'Middle East Eye' erklärt, [dass Israel Gaza aushungere und die Welt trotzdem nichts dagegen unternimmt](#): "Als Ärzte, die während der israelischen Besatzung, der Blockade, der wiederholten militärischen Angriffe und jetzt des Völkermords in Gaza gearbeitet haben, halten wir jeden Staat mitschuldig, der Israel weiterhin aktiv und passiv unterstützt. Das israelische Regime hat die 'Logik der Eliminierung', die seinen kolonialen Siedlungsbestrebungen innewohnt, mit Nachdruck enthüllt. Nur eine sofortige und konzertierte Aktion kann das palästinensische Volk vor dieser letzten Etappe der völkermörderischen Vernichtungskampagne Israels schützen."

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Israelische Blockade: Bäckereien im Gazastreifen schließen – EU reagiert auf Hungersnot im Gazastreifen

Alle Bäckereien im Gazastreifen mussten zum 31.03.2025 schließen, da die Vorräte an Mehl und anderen Lebensmitteln [aufgrund der am 02.03.2025 verhängten israelischen Blockade](#) für alle Waren, die in den Gazastreifen gelangen, zur Neige gehen. Laut 'Associated Press' hat das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) am 31.03.2025 eine Meldung an Hilfsorganisationen verschickt, in der es heißt, dass es die 19 Bäckereien, die es betreibt, aufgrund mangelnder Versorgung nicht mehr betreiben kann. 6 weitere Bäckereien, die vom WFP betrieben werden, waren bereits zuvor geschlossen worden.

Die schweren israelischen Luftangriffe auf den Gazastreifen wurden am 01.04.2025 fortgesetzt, als die Palästinenser auf der Suche nach Mehl waren. Seit Israel seinen völkermörderischen Krieg gegen den Gazastreifen am 18.03.2025 wieder aufgenommen hat, sind mehr als 1'000 Palästinenser getötet worden. Laut Dave DeCamp haben die USA "Israels Bombardierungskampagne und die Blockade aller Waren, die nach Gaza gelangen, nachdrücklich unterstützt, was einer kollektiven Bestrafung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens gleichkommt, einem Kriegsverbrechen nach internationalem Recht".

Angesichts der forcierten Hungersnot im Gazastreifen stellt die EU ihr Partnerschaftsabkommen mit Israel auf den Prüfstand. Laut EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas unterstützen 27 Mitgliedstaaten diesen Schritt. Mit rund einem Drittel des Gesamtvolumens ist die EU der größte Handelspartner Israels. Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot verkündete, dass 17 EU-Staaten bei dem EU-Außenministertreffen in Brüssel am 20.05.2025 auf die Überprüfung gemäß

einem Artikel des Abkommens drängten, der die Achtung der Menschenrechte fordert. Deutschland sprach sich gegen eine Überprüfung aus. Israel hat empört auf die EU-Entscheidung reagiert.

Großbritannien wiederum hat seine Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Israel ausgesetzt. [Außenminister David Lammy sprach am 20.05.2025 im Parlament von "ungeheuerlichen Taten" der Netanjahu-Regierung.](#) Ein Sprecher des israelischen Außenministeriums warf der britischen Regierung "Anti-Israel-Besessenheit" vor. Zuvor wurde Israels Botschafterin Tzipi Hotovely einbestellt sowie gegen mehrere ultrarechte, israelische Siedler und zwei illegale Siedlungen im Westjordanland wurden Sanktionen verhängt.

Nach zweieinhalb Monaten einer Totalblockade sind seit dem 19.05.2025 weniger als 100 Trucks mit Hilfslieferungen in die abgeriegelte Enklave gelangt. Laut UN-Sprecher Stéphane Dujarric haben diese die hungerleidenden Menschen jedoch noch nicht einmal erreicht, sondern befinden sich weiterhin unter israelischer Kontrolle. Die Hilfsorganisation 'Ärzte ohne Grenzen' bezeichnete das im Verhältnis zum tatsächlichen Tagesbedarf von mehreren hundert Trucks als "lächerlich ungenügend" und wirft Israel "Ablenkungsmanöver" vor.

Unterdessen kündigte der israelische Armeechef Eyal Zamir am 21.05.2025 an, den Krieg gegen Gaza auszuweiten sowie "zusätzliches Gebiet einzunehmen". Mindestens 50 Menschen wurden bei Luftangriffen im Norden und Süden des Gazastreifens getötet, meldeten am selben Tag örtliche Gesundheitsbehörden. Die Angriffe hätten u.a. auf Wohnhäuser und eine Schule mit Vertriebenen gezielt. Unter den Toten befänden sich Frauen, ein Neugeborenes und weitere Kinder.

[Dave DeCamp](#) ist stellvertretender Redakteur bei Antiwar.com und freiberuflicher Journalist in Brooklyn, NY, mit Schwerpunkt auf US-Außenpolitik und Kriegen. (Red.)

[Jakob Reimann](#) arbeitet nach seinem Masterabschluss als freier Journalist und Autor. Er ist Gründer und Herausgeber der Website 'JusticeNow!'; seine Themenschwerpunkte Osteuropa, Balkan und Naher Osten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **David Siegmund-Schultze: Israel beschließt Besetzung Gazas**

[Die vollständige und dauerhafte Besetzung des Gazastreifens ist jetzt das offizielle Kriegsziel Israels.](#) Das sogenannte Sicherheitskabinett von Premierminister Benjamin Netanjahu hat dies zusammen mit einer Intensivierung der Angriffe auf die palästinensische Enklave am 03.05.2025 beschlossen. Schon am 02.04.2025, zwei Wochen nach dem Bruch des Waffenruheabkommens und der Wiederaufnahme des Kriegs durch Israel, hatte Verteidigungsminister Israel Katz erklärt, er habe die Armee angewiesen, "große Gebiete einzunehmen, die zu den Sicherheitszonen des Staats Israel hinzugefügt werden". Laut Finanzminister Bezael Smotrich ist die Zeit gekommen, "den Gazastreifen zu besetzen, eine Militärregierung zu etablieren, (...) und Trumps Plan, 1,5 bis 2 Millionen Menschen aus Gaza zu entfernen, umzusetzen". Zudem will das Kriegskabinett künftig die Verteilung humanitärer Hilfen selber durchführen. Laut dem norwegischen Flüchtlingsrat will so die israelische Regierung "die Hilfe militarisieren, manipulieren und politisieren, indem sie diese nur in einigen Zentren im Süden erlaubt", was "fundamental den humanitären Prinzipien" widerspreche. Das UN-Nothilfebüro OCHA (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) erklärte, der israelische Plan bedeute, dass "große Gebiete im Gazastreifen ohne Versorgung bleiben würden".

[Inhalt](#) ↑

- **Kyle Anzalone: Der israelische Mossad sucht nach Ländern, die eine große Anzahl von Palästinensern aufnehmen**

Laut israelischen Quellen hat Premierminister Benjamin Netanjahu seinen Geheimdienst schon vor Wochen angewiesen hat, ein [Land zu finden, das Palästinenser aufnehmen kann](#). Im Laufe des März wurde mehrfach berichtet, dass US-amerikanische oder israelische Beamte eine Reihe von Ländern kontaktiert haben, um Palästinenser aufzunehmen, darunter Sudan, Somalia, Somaliland, Syrien und Indonesien. Den Quellen von Ravid zufolge wurde auch der Südsudan kontaktiert. Auf Nachfrage der Medien zu den Berichten sagten die Regierungen, sie hätten den Vorschlag abgelehnt oder bestritten, dass er gemacht worden sei. Laut Kyle Anzalone plant Israel eine groß angelegte Invasion des von allen Hilfsgütern, Lebensmitteln, Treibstoffen und Medikamenten abgeschnittenen Gazastreifens, bei der die Bevölkerung in eine kleine Zone gedrängt werden soll, die als "humanitäres Gebiet" bezeichnet wird.

[Kyle Anzalone](#) ist Nachrichtenredakteur des 'Libertarian Institute', Meinungsredakteur von Antiwar.com und Co-Moderator von 'Conflicts of Interest' mit Will Porter und Connor Freeman. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Fazi: Die Propagandamaschine der EU**

Der unabhängige Journalist Thomas Fazi hat sich durch den [Dschungel von EU-finanzierten "Nichtregierungsorganisationen" \(NGOs\)](#) durchgearbeitet. In dem dabei entstandenen [Bericht "The EU's Propaganda Machine: How the EU funds NGOs to promote itself"](#) legt er dar, wie die EU in den letzten Jahren ihre Haushaltsbefugnisse zunehmend zur Förderung – oder Erzwingung – der Einhaltung ihrer sogenannten "Werte" eingesetzt hat, insbesondere in Mitgliedstaaten, deren Regierungen als widerständig oder nicht mit der politischen Agenda der EU übereinstimmend angesehen werden. Die öffentliche Debatte konzentrierte sich bisher vor allem auf die Entwicklung von Mechanismen wie der Rechtsstaatlichkeits-Verordnung (die 2020 eingeführt wurde), die die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung der "Rechtsstaatlichkeit" in den Mitgliedstaaten bindet – wie sie von Brüssel definiert wird. Die EU-Kommission nutze die NGOs insbesondere, ihre politische Agenda voranzutreiben, die oft die Souveränität und die demokratischen Prozesse der Mitgliedstaaten einschränken, indem z.B. das Ziel der supranationalen Integration gegen aufkommende Widerstände befördert werde. Fazi beschreibt einige der fraglichen NGOs, die eine verdeckte Propaganda zur Verstärkung von Pro-EU-Stimmen und die Marginalisierung abweichender Perspektiven betreiben. Fazi legt dar, dass diese NGOs somit nicht die Bestrebungen der Zivilgesellschaft vertreten, sondern die Ideen und Perspektiven der politischen Entscheidungsträger "unter falscher Flagge" (Red.) an die Zivilgesellschaft herantragen. Nach Fazi dient diese systematische Nutzung von NGOs durch die Europäische Kommission der Zentralisierung der Macht innerhalb der supranationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, auf Kosten der Souveränität und der demokratischen Prozesse in den Mitgliedstaaten.

[Thomas Fazi](#), italienischer Schriftsteller, Journalist, Aktivist und Dokumentarfilmemacher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Die EU und ihre jüngsten Zensur-Maßnahmen**

Die EU-Kommission hat am 07.05.2025 bekannt gegeben, dass sie die fünf Mitgliedstaaten [Tschechien, Spanien, Zypern, Polen und Portugal vor dem Europäischen Gerichtshof \(EuGH\) verklagt](#), weil sie den 'Digital Services Act' (DSA) nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben. Die Klage wurde erhoben, nachdem die fünf Staaten dem Aufforderungsschreiben vom April 2024 erneut

nicht nachgekommen waren. Die Kommission betont, dass die DSA, die 2022 in Kraft getreten ist, darauf abzielt, ein sichereres und transparenteres Online-Umfeld zu schaffen, indem große Plattformen und Suchmaschinen verpflichtet werden, "illegale" Inhalte zu bekämpfen, die Privatsphäre der Nutzer zu schützen und Risiken für die öffentliche Sicherheit zu beseitigen. Nach Peter F. Mayer kann man in Staaten, die die DSA umgesetzt haben, erkennen, dass durch Verschmelzung von Staatsmacht und Konzernmacht entstandene Organisationen (Faktenchecker) die Grundrechte ihrer Bürger einschränken.

Durch einen Beschluss des Rates der EU vom 20.05.2025 wurden die Journalisten [Alina Lipp und Thomas Röper in die Sanktionsliste der EU](#) gegen Russland aufgenommen (Beschluss 2025/966; Lipp lfd. Nr. 23, Röper lfd. Nr. 37). Sie werden u.a. verurteilt wegen Verbreiten von "Fehlinformationen über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine", wegen Absprechen der Legitimation der ukrainischen Regierung und wegen Verbreiten russischer Propaganda.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen nach dem Beschluss die Maßnahmen ergreifen, "die erforderlich sind, um zu verhindern, dass im Anhang aufgeführte natürliche Personen in ihr Hoheitsgebiet einreisen oder durch ihr Hoheitsgebiet durchreisen". Noch ist laut Ulrich Heyden unklar, ob gegen die beiden Blogger auch ein Einreiseverbot nach Deutschland verhängt wurde, wie gegen die anderen im 17. Sanktionspaket genannten Personen. Aber so gut wie sicher sei, dass Spenden aus Deutschland für die Medienprojekte von Röper und Lipp unter die Sanktionen fallen. Für Heyden haben "die Sanktionen gegen Röper und Lipp [...] den [gleichen ideologischen Hintergrund wie die Verfolgung von deutschen Schriftstellern in der Zeit des Faschismus: Russophobie, Expansions- und Kriegslust](#)".

Der in die Sanktionsliste aufgenommene [Thomas Röper empfindet dies als Auszeichnung](#), was auch von seinem Umfeld so gesehen werde. Und angesichts der [Tatsache, dass "es kein Gerichtsurteil gegen mich gibt](#) und ich auch gegen kein Gesetz verstoßen habe", gibt er zu bedenken: "Und dass die Leute, die so etwas beschließen, sich als Anti-Faschisten bezeichnen, bestätigt die Warnung, der Faschismus werde eines Tages getarnt als Anti-Faschismus zurückkehren."

[Peter F. Mayer](#) studierte Physik und betreibt heute den "Blog für Science & Politik" (tkp.at). Er war vorher für Medien wie den ORF, die Presse oder das 'profil' tätig, bevor er [dem Mainstream den Rücken gekehrt](#) hat. (Red.)

[Ulrich Heyden](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Mittlere und Neuere Geschichte; seit 1992 freier Moskau-Korrespondent für verschiedene Medien; hielt verschiedene Vorträge insbesondere zur Ukraine. Heyden wurde wegen kritischer Berichterstattung aus der Ukraine ausgewiesen; erhielt verschiedene Auszeichnungen. (Red.)

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](#), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Ex-ARD-Mitarbeiter Teske: Tagesschau ist regierungsnah und politisch einseitig**

Der ehemalige Tagesschau-Planungsredakteur Alexander Teske erhebt in einem Interview (26.02.2025) mit dem Magazin 'Cicero' schwere Vorwürfe gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber. Die [Berichterstattung der ARD-Tagesschau sei zu regierungsnah und politisch einseitig](#). Ebenso kritisierte er die Macht der Chefs vom Dienst (CvD) und die Homogenität in den Redaktionen. Teske hat sechs Jahre lang für die "Tagesschau" gearbeitet und im Januar das [Buch "Inside Tagesschau"](#) über seine Erfahrungen dieser Zeit veröffentlicht. Nach Teske wurde zu Corona vor

allem die Sicht der Regierung veröffentlicht und Kritik an der Impfung “eher unterdrückt“. Unter den “Top 10“ der Politiker befinde sich seiner Zählung zufolge kein AfD-Politiker und die Regierungsparteien seien deutlich überrepräsentiert. Die Grünen würden insgesamt bevorzugt. “Diejenigen, die etwas zu sagen haben, sind keine Ostdeutschen, keine Migranten, keine Schwerbehinderten“, sagt Teske. Ähnliches gelte für Menschen aus armen oder prekären Verhältnissen und für Menschen ohne Universitätsabschluss. Nach Teske muss sich der Sender auf das “eigene Credo“ zurückbesinnen, auf eine neutrale Berichterstattung, “sachlich, kühl und als objektiver Beobachter der Welt und nicht als jemand, der die Leute erziehen will“. Die Redaktion müsse sich diverser aufstellen und eine Diskussionskultur entwickeln, in der auch “konservative Stimmen eine Chance haben“. Auch eine Ausschreibung und Befristung der CvD-Stellen hält Teske für sinnvoll, damit “andere Einflüsse zum Zug kommen.“ – Die vom NDR angekündigten rechtlichen Schritte gegen Teske wurden inzwischen aufgegeben.

Wie Teske in einem anderen Interview betont, sieht er den ÖRR (Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk) “als [eine unverzichtbare Säule der Demokratie](#). Aber er muss sich reformieren, auch die Tagesschau muss das tun. Eine Diskussion darüber ist wie eine Selbstreinigung. Zu der braucht es auch Druck von außen.“

[Inhalt](#) ↑

- Caitlin Johnstone: **Sieben Gründe, aus denen Mitarbeiter der Massenmedien wie Propagandisten handeln**

Anhand messerscharfer Beobachtungen fühlt Caitlin Johnstone in ihrem “[Das Erste-Hilfe-Büchlein gegen Propaganda](#)“ dem Zustand westlicher Gesellschaften auf den Zahn und geht den Fragen nach: Sind unsere Demokratien wirklich auf den Willen des Volkes ausgerichtet? Haben wir an der Wahlurne Gestaltungseinfluss, oder werden die wichtigen Entscheidungen nur noch durch Interessengruppen und Lobbyisten bestimmt? Werden wir von klein auf durch eine breit ausgerichtete Propaganda geformt, die es immer schwieriger macht, sich eine eigene Meinung zu bilden? Und [sie arbeitet Faktoren für die Schiefelage der Medien heraus](#): Plutokraten als Medienbesitzer, Nähe zur Regierungsmacht, falsches Selbstbild der Mainstream-Journalisten, karrierebewusstes Gruppendenken der Journalisten, Bedrohung des journalistischen Arbeitsplatzes bis hin zur Entlassung.

[Caitlin Johnstone](#) ist eine in Melbourne lebende Journalistin, die sich auf US-amerikanische Politik, Finanzen und Außenpolitik spezialisiert hat. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Die Weltwoche: **“Unterstellungen sind keine Beweise“: Verfassungsrechtler Prof. Murswiek zerlegt AfD-Einstufung des Verfassungsschutzes**

Der renommierte Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek übt scharfe Kritik an der Entscheidung des deutschen Verfassungsschutzes, die AfD (Alternative für Deutschland) als “gesichert rechtsextremistisch“ einzustufen. In einem Interview in der ‘Neuen Zürcher Zeitung‘ betont Murswiek, dass der Verfassungsschutz bislang keine überzeugenden Beweise für diese Bewertung vorgelegt habe. Die meisten vom Verfassungsschutz angeführten Äußerungen von AfD-Politikern seien juristisch ungeeignet, um eine generelle Verfassungsfeindlichkeit der Partei zu belegen. [“Einzelne verfassungsfeindliche Äußerungen reichen nicht aus, um die gesamte Partei als verfassungsfeindlich einzustufen“](#), so Murswiek. Vielmehr erwecke die aktuelle Argumentation des Verfassungsschutzes den Eindruck, dass lediglich “noch mehr solcher Äußerungen zusammengetragen“ worden seien, die schon bisher nicht ausreichten, die AfD zu belasten. Besonders kritisiert der Experte die fehlende Transparenz: Das entscheidende Gutachten des

Verfassungsschutzes sei geheim und somit der öffentlichen Überprüfung entzogen. “Das widerspricht dem demokratischen Transparenzgebot“, stellt Murswiek klar.

Ein zentraler Vorwurf gegen die AfD betrifft ihr angeblich verfassungswidriges Verständnis eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs. Dazu sagt Murswiek: “Die Verwendung eines ethnischen Volksbegriffs allein ist nicht verfassungsfeindlich.“ Verfassungswidrig sei ein solcher Begriff nur dann, wenn damit verbunden wäre, bestimmten Staatsbürgern Rechte zu entziehen. Dafür gebe es jedoch keine Belege. Auch die häufig kritisierte Wortwahl der AfD, etwa der Begriff “Messermigranten“, stellt laut Murswiek keine Pauschalbeleidigung dar, solange sie sich auf tatsächliche Straftäter beziehe. Der Verfassungsschutz unterstelle oft pauschale Diffamierungen, liefere dafür aber keine Beweise. Hinsichtlich eines möglichen Parteiverbotsverfahrens sieht der Jurist hohe Hürden: Selbst wenn extremistische Tendenzen nachgewiesen würden, fehle es an Belegen für ein “planvolles und kontinuierliches Vorgehen“ der AfD zur Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Murswiek warnt vor einem politisch motivierten Umgang mit dem Verfassungsschutzrecht: “Unterstellungen sind keine Beweise.“

Auch ‘Tichys Einblick’ hat mit Murswiek gesprochen ([Video](#), 33m48). Dabei betont der Verfassungsrechtler den besonderen demokratiefreundlichen Aspekt, dass sich die AfD für direkt-demokratische Elemente einsetzt.

Die [Weltwoche](#), 1933 bewusst erfunden als [unkonventionelle Zeitung](#), ist bekannt für ihre wirtschaftsliberale und staatskritische Grundhaltung, hat jedoch für ihre Autoren keine vorgegebene politische Linie, keinen redaktionellen Konsens. Als Debatten-Plattform setzt sie auf Meinungsvielfalt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Stromausfälle in Spanien und Portugal wegen erneuerbaren Energien?**

Am 16.04.2025 wurde das spanische Stromnetz erstmals ausschließlich mit erneuerbaren Energien betrieben. [Am 21.04. erreicht die Solarstromproduktion einen neuen Rekord](#): 78,6% der Nachfrage und 61,5% des Strommixes. Am 28.04. gegen 12:33 Uhr fiel innerhalb von fünf Sekunden die erzeugte Leistung um 15 Gigawatt (GW) ab. Derzeit verfügt Spanien nur über eine Kapazität von 60 MW an Batteriespeichersystemen (BESS) [nur 0,3 % dessen, was bei einem Ausfall der Solarenergie erforderlich wäre], was laut BüSo im Vergleich zu Großbritannien und Italien mit 5,6 GW bzw. 1 GW sehr wenig ist. Alle drei Länder haben einen ähnlichen prognostizierten Speicherbedarf.

Laut dem Energieexperten Bruno Burger ist um 12:33 Uhr die [“Frequenz von 50 Hertz auf 49,84 Hertz eingebrochen“](#). Nach seinen Daten seien 2,2 GW Leistung ausgefallen, was “ungefähr der Kapazität einer Hochspannungsleitung oder zwei Blöcken eines Kernkraftwerks“ entspreche.

Laut dem Netzbetreiber ‘Red Eléctrica de España’ hat das Netz um 12:33 Uhr massiv an Strom-Erzeugungskapazität verloren (wahrscheinlich im Solar-Bereich). In weniger als einer Sekunde habe sich das Netz wieder selbst stabilisiert. 1,5 Sekunden später habe es einen zweiten Zwischenfall gegeben, der die Kapazität wieder einstürzen ließ. Bereits 3,5 Sekunden später umfasst der Einbruch der Kapazität große Teile des spanischen Stromnetzes und greift bis nach Frankreich über. Kurz danach habe es einen [massiven Zusammenbruch der Stromzufuhr aus erneuerbarer Energie](#) (Wind, Solar) gegeben. Es sei dann ein kaskadischer Zusammenbruch der weiteren Stromzufuhr auch aus Kernenergie und anderen Energien erfolgt, bis das Netz in Spanien zeitweise komplett aus war.

Der spanische Experte [Simón Martín führt den massiven Stromausfall auf zwei Probleme der spanischen Stromversorgung zurück](#): Erstens sei das spanische Stromnetz wegen der Pyrenäen schlecht an das europäische Netz angebunden. Zweitens haben erneuerbare Energiequellen keine

Puffer, wenn es zu Schwankungen im Netz kommt. Laut dem von ntv.de bereitgestellten Diagramm produzierten die erneuerbaren Energiequellen zum Zeitpunkt des Ausfalls 69% der elektrischen Leistung (Solar 19,3 GW bzw. 60% und Wind 2,9 GW bzw. 9% von 32 GW). Martín vermutet, dass eine Abfolge von unglücklichen Umständen schließlich den Stromausfall am 28.04.2025 zur Folge hatte.

[Inhalt ↑](#)

- **Bundesnetzagentur: Herausforderung Solarspitzen**

Die Bundesnetzagentur versucht mit einem ausführlichen Artikel die Notwendigkeit darzustellen, dass auch kleine Photovoltaik(PV)-Energieanbieter (unter 100 kW) in Zukunft verpflichtet werden müssen, die [Gefährdung der Stabilität des Stromnetzes](#) durch Erzeugungsüberschüsse dadurch mit zu unterstützen, dass sie ihre Leistung nicht ohne Einschränkungen ins Netz einspeisen können bzw. vom Netzbetreiber steuerbar sein müssen. Es wird ebenfalls betont, dass schnellstmöglich der Ausbau der Übertragungs- und Verteilernetze erfolgen muss. Hintergrund ist, dass es am 25.04.2025 in Deutschland durch PV-Einspeisung sowie fehlender Reaktion von Biomasse und Wasserkraft und durch den konventionellen Erzeugungssockel im Vergleich zur Netzlast (Leistung die von Verbrauchern aktuell genutzt wird) zu einer Überproduktion von mehr als 8 GW elektrischer Leistung kam. Abschaltungen seien verhinderbar gewesen, da die überschüssige Leistung vom europäischen Strommarkt aufgenommen werden konnte. In dem Artikel werden auch die Einflussgrößen und Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Netzstabilität (gemessen mittels der Netzfrequenz, die immer 50Hz+/-0,1Hz betragen muss) dargestellt. Kurzgefasst: Da es vorkommen kann, dass sowohl Energielieferanten als auch Verbraucher kurzfristig abgeschaltet werden müssen, muss der Netzbetreiber dafür sorgen, dass innerhalb von Sekunden ein Ausgleich zustande kommt – sowohl bzgl. Einspeisung als auch Verbrauch. D.h. auch die Energielieferanten müssen schnell ihre Leistung erhöhen oder herunterfahren bzw. abgeschaltet werden können. Kohlekraft- und Kernkraftwerke kommen dafür nicht in Frage.

Die [Bundesnetzagentur](#) setzt den Rahmen für einen diskriminierungsfreien, fairen Wettbewerb der Anbieter und ermöglicht neuen Unternehmen den Marktzugang. Für mehr Wettbewerb und Transparenz in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. Für die erforderlichen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Netze. Für einen modernen, leistungsfähigen, für einen stärkeren Standort Deutschland. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- **Susanne Knütter: Mehr junge Leute ohne Berufsabschluss**

In Deutschland wächst die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Berufsausbildung. Laut einer Studie des 'Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung' (IAB) [stieg die Zahl der 20 bis 34-Jährigen ohne Abschluss zwischen 2013 und 2024 um 460'000](#) auf 1,6 Millionen. Als Grund dafür sieht das IAB unter anderem die Zuwanderung; aber auch unter Deutschen steigt die Quote derjenigen ohne Ausbildung. Der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) kommt entsprechend sogar auf insgesamt 2,9 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Ausbildung. Gleichzeitig bildet laut DGB nicht einmal jeder fünfte Betrieb aus.

[Inhalt ↑](#)

- Condorcet: **Die Selbstüberschätzer sind die Hölle**

Eine Professorin für Wirtschaftsrecht macht ihrem [Ärger über die aus ihrer Sicht schwindende Leistungsbereitschaft von Studierenden](#) Luft. Sie bemängelt, dass ein Teil der Studierenden eine große Selbstüberschätzung, aber keine notwendigen Fähigkeiten und keine Bereitschaft, ihre Arbeitsweise zu reflektieren und zu verbessern, mitbringe. Ein anderer Teil habe keine Ahnung, worauf er sich mit dem Studium einlasse und nur ein kleiner Teil bringe das notwendige Instrumentarium und die erforderliche Reife mit. Viele Studierende hätten ein Organisationsproblem, keine Leidenschaft, kein strukturiertes Lernverhalten; sie beherrschen keine Rechtschreibung und eine sehr lückenhafte Allgemeinbildung, haben aber eine hohe Anspruchshaltung. Die Verantwortung für all das sieht die Professorin nicht primär bei den Schulen, sondern bei den Eltern, die ihre Kinder überbehüten, ihnen keine Grenzen setzen und Hindernisse aus dem Weg räumen.

Der [Condorcet-Blog](#) ist ein Zusammenschluss von Autoren aus Lehrkräften, Journalisten, Philosophen und Eltern, denen die Bildung für alle am Herzen liegt und die das Bestreben eint, einen bescheidenen Beitrag zum gegenwärtigen Bildungsdiskurs zu leisten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Ralph Lankau: **Zwangsdigitalisierung per Koalitionsvertrag?**

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vom 09.04.2025 liest sich im [Kapitel 2.3 zur Digitalisierung](#) wie die Erfüllung des Wunschzettels der IT-Wirtschaft und ihrer Lobbyverbände. Ralf Lankau stellt fest: Aus "digital first" wird sogar "digital only". Lankau erinnert an die Mahnung von Bundespräsident Steinmeier von 2019: "Nicht um die Digitalisierung der Demokratie müssen wir uns zuallererst kümmern, sondern um die Demokratisierung des Digitalen!" Nach Lankau müssen ethische und soziale Folgen der Technik diskutiert werden und erinnert dazu an Weizenbaum: "Man muss als erstes daran erinnern, dass erstens der Mensch keine Maschine ist und zweitens, dass es bestimmte Aufgaben gibt, zu deren Lösung kein Computer eingesetzt werden sollte, ungeachtet der Frage, ob sie zu deren Lösung eingesetzt werden können." Für Lankau darf nicht das technisch Machbare, sondern [das zu Verantwortende muss der Maßstab sein](#). Er zitiert den 'Chaos Computer Club', dessen differenzierte Analyse aufzeigt, dass mit einer Umsetzung des Koalitionsvertrags neben der Zwangsdigitalisierung durch "digital only" weitere, elementare Bürger- und Grundrechte durch digitale Anwendungen zur Disposition stehen. Lankau hat den Eindruck, dass die von den Nutzern von digitalen Anwendergeräten unbewusst oder ausgeblendet erzeugten Datenspuren für permanente Überwachung und Steuerung der Bürger genutzt werden soll. Lankau erinnert auch an Heiko Maas (ehemals Justizminister), der jedem Menschen "das Recht auf eine analoge Welt" zugesteht und eine Benachteiligung durch Nicht-Nutzen von digitalen Dienstleistungen ablehnt.

Nach Lankau müssen für rechtsicher konzipierte Systeme grundlegende Fragen beantwortet werden, "etwa, welche Daten überhaupt benötigt werden, wer Zugriff darauf haben muss, wie lange sie gespeichert werden, wann sie gelöscht werden etc. Datensparsamkeit und Dezentralisierung sind Parameter, ebenso Transparenz der Algorithmen und Offenheit der Systeme (Open Source). Andernfalls geben demokratische Staaten ihre Handlungsmöglichkeiten und ihre demokratische Macht auf, wenn sie elementare Bürger- und Minderheitenrechte (hier: die Freiheit, bestimmte Techniken zu nutzen oder nicht zu nutzen und menschliches Verhalten zu verdaten) der Logik der IT-Wirtschaft und den Geschäftsmodellen der Datenökonomie unterwerfen und alle Bürgerinnen und Bürger zwingen (wollen), über digitale Endgeräte ungefragt zu Datenspendern zu machen." (IT = Informationstechnik)

Im Teil II seiner Analyse stellt Lankau heraus, dass die Phrasen im Koalitionsvertrag "auf technische Systeme, Märkte und Wirtschaft fokussieren, nicht auf Menschen und ihre Bedürfnisse,

Sozialgemeinschaften und Gemeinwohl“. Er warnt mit Armin Grunwald davor, dass auch in einer Welt mit KI (Künstliche Intelligenz) der Technikdeterminismus einer Ideologie und der Herrschaft der Mächtigen dient. Für Bildungseinrichtungen ist nach Lankau wichtig: “Die [Rückgewinnung des pädagogischen Raumes](#) – gegen die Fixierung auf Technik und die Verkürzung auf messbare Lernleistungen, aber auch gegen die ungeheure Machtkonzentration bei einer Handvoll von ‘gemeinnützigen‘ Stiftungen und zugehörigen Unternehmen ist die drängendste Aufgabe.“ Das Ziel dabei “ist der mündige und gebildete Mensch, der reflektieren, selbstverantwortlich entscheiden und handeln kann. Nicht IT- und KI-Systeme dürfen daher im Mittelpunkt der Diskussion stehen, sondern das Individuum als Person und Teil der sozialen Gemeinschaft.“

[Ralf Lankau, Jg. 1961](#), ist Grafiker, Philologe und Kunstpädagoge. Er ist seit 2002 Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet die grafik.werkstatt, forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-)Pädagogik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑